

# Sprache und Politik im Wandel der Zeit

## Vorlesung im Wintersemester 2001/02

---

### Zur Einstimmung auf die 90er Jahre:

„Jetzt geht’s los! (SPD)  
Ein Land reformieren. (Grüne)  
Es geht um unser Land von morgen. (F.D.P.)  
Macht zusammen: 750 Mark Kindergeld. (SPD)  
Damit es weiter aufwärts geht! (CDU)  
Es gibt immer ein erstes Mal. (PDS)  
Deutschland wird wieder rot! (JUSOS)  
Politik ohne Bart. (CDU)  
Kanzlerwechsel! (SPD)  
Bezahlbare Wohnungen. (SPD)  
Veränderung beginnt mit Opposition! (PDS)  
Jetzt oder nie! (PDS)  
Stark! (SPD)  
Zweitstimme: Gegen politische Abenteuer und ökonomische Experimente! (F.D.P.)  
Rote Karte für rote Socken! (CDU)  
Kohl? Ich bin mehr für was Jüngerer ... (SPD)  
Die Kraft der Vernunft. (F.D.P.)  
Ich wähl’ den Wechsel! (SPD)  
62 Prozent aller Deutschen gehen in ihrem Leben wenigstens einmal fremd – bei günstiger Gelegenheit. Jetzt ist sie günstig. Viel Vergnügen! (PDS)  
Der Wechsel ist zum Wählen nah! (SPD)  
Diesmal geht’s um alles! (F.D.P.)“

### *Zitiert aus:*

Paul-Hermann Gruner: 16. Oktober 1994. In: Wörter in der Politik: Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation. Hrsg. von Hajo Diekmannshenke und Josef Klein. Opladen 1996, 97-103; hier: 97.

# Sprache und Politik im Wandel der Zeit

## Vorlesung im Wintersemester 2001/02

---

### **DDR-Spezifika der deutschen Sprache:**

„Die sprachliche Kommunikation in der DDR wird [...] bestimmt durch Bedürfnisse und Bedingungen, die für die sozialistische Gesellschaft spezifisch sind. Das wirkt sich aus auf die Inhalte der Texte, führt zur Umgestaltung von Kommunikationsstrukturen und Textsorten und beeinflusst die Gestaltung wesentlicher Faktoren der Kommunikation. Diese ‘DDR-Spezifik’ steht außer Frage.

Schwieriger zu klären ist es, wieweit die kommunikativen und kognitiven Bedürfnisse der sozialistischen Gesellschaft zu Spezifika im Benennungssystem geführt haben und was darunter genauer zu verstehen ist. [...]

1. Zwischen Benennung und benannten Gegenständen ist zu unterscheiden. Es gibt DDR- bzw. andererseits BRD-spezifische Gegenstände, für die in beiden staatlichen Kommunikationsgemeinschaften jeweils nur *eine* Benennung üblich ist. [...]

2. Innerhalb der DDR sind zwar die Grundlagen für die Herausbildung und den Gebrauch ideologiegebundener Benennungspolaritäten beseitigt [...], aber in den übrigen deutschsprachigen Staaten existiert der antagonistische Klassengegensatz weiter. Damit ist dort auch die Grundlage für die Prägung und Verwendung ideologiegebundener Benennungspolaritäten noch gegeben.“

*Zitiert aus:*

Wortschatz der deutschen Sprache in der DDR. Fragen seines Aufbaus und seiner Verwendungsweise. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Fleischer. Leipzig 1988; hier: 38-41.

# Sprache und Politik im Wandel der Zeit

## Vorlesung im Wintersemester 2001/02

---

### **Die Ausdrücke *Revolution* und *Diktatur* im Sprachgebrauch der PDS:**

„Waren die vorkapitalistischen Gesellschaften durch eine über große Zeiträume hin weit gehend gleichbleibende und beschränkte technologische Grundlage geprägt, so ist das Zeitalter der modernen kapitalistischen Gesellschaften durch die ‘fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung’ (Marx) gekennzeichnet. Wir leben in einer Welt immer neuer technologischer, wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Revolutionen.“

„Wir wollen niemandem ein glücksbringendes System verordnen. Wir streben weder eine Diktatur noch die Einführung von Patentlösungen an.“

„Der demokratische Sozialismus entsteht in und aus der Gesellschaft oder überhaupt nicht. Er misslingt gleichermaßen als isoliertes Projekt kleiner Gruppen wie als Diktatur.“

*Zitiert aus:*

Entwurf zu einem Grundsatzprogramm der PDS. Vorgelegt von Gabi Zimmer am 27. April 2001 (Publikation auf der Website der PDS).

# Sprache und Politik im Wandel der Zeit

## Vorlesung im Wintersemester 2001/02

---

### Politischer Sprachgebrauch von SPD und CDU:

„Die ‘Grundwerte-Trias’: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

[...] Beide Parteien gehen in ihren aktuellen Grundsatzprogrammen im jeweils einleitenden Kapitel zu Geschichte und Selbstverständnis der Partei ausführlich auf die Begriffs-Trias ein. Die CDU leitet sie aus dem christlichen Verständnis vom Menschen ab, [...] für die SPD sind sie die ‘Grundwerte des Demokratischen Sozialismus’ [...]. Die allgemein hochbewerteten Begriffe haben bei beiden Volksparteien die Funktion, unterschiedliche Überzeugungen innerhalb der Partei zu vereinen. [...] Schon auf der Ebene der Trias als Gesamtheit konkurrieren die Parteien um die richtige Verwendung der Begriffe. Während die SPD sie als gleichrangig erklärt [...], geht es für die CDU darum, ‘ihre Gewichtung untereinander richtig zu gestalten’ [...]. Die CDU verpflichtet sich, sie ‘zu bewahren und zu stärken’ [...], die SPD sieht es als ihre Aufgabe, ‘sie zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden’ [...].“

*Zitiert aus:*

Petra Ballnuß: Leitbegriffe und Strategien der Begriffsbesetzung in den Grundsatzprogrammen von CDU und SPD. In: Wörter in der Politik: Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation. Hrsg. von Hajo Diekmannshenke und Josef Klein. Opladen 1996, 29-77; hier: 49.

### Das Schlagwort *Fortschritt* im Sprachgebrauch der CDU:

„[Die CDU hat; AL] die Kraft und Motivation, technische Fortschritte zu erzielen, die auch sozialen und umweltpolitischen Anforderungen immer besser genügen.“

*Zitiert aus:*

CDU-Grundsatzprogramm 1994, Ziffer 141.

# Sprache und Politik im Wandel der Zeit

## Vorlesung im Wintersemester 2001/02

---

### **Das Ende der deutschen Zweistaatlichkeit im öffentlichen Diskurs:**

„Binnen weniger Tage nach der Öffnung der Grenzen zwischen den beiden deutschen Staaten Anfang November 1989 eroberte ein neues Thema den politischen Diskurs [...] dieser Zeit. Eine vollkommen neue Situation mußte auch sprachlich bewältigt werden – es ging um die Frage, wie mit der neuen Qualität in der deutschen Zweistaatlichkeit, die nun eine offene geworden war, umzugehen sei; was daraus werden sollte; welche Probleme sich daraus für die beiden deutschen Staaten und andere Länder in Europa ergeben würden etc. Die Situation war für alle Beteiligten neu und traf sie zu diesem Zeitpunkt unvorbereitet. Das läßt sich sehr deutlich anhand der Entwicklung in den Diskursen ablesen. Das Ringen um Konzepte und Optionen, wie es nach der Öffnung der Grenzen zwischen der DDR und der BRD in ihrem Verhältnis zueinander weitergehen sollte, erfolgte zu einem großen Teil in der öffentlichen Kommunikation, d.h. in den Massenmedien.“

*Zitiert aus:*

Christine Teichmann-Nadiraschwili: Von der deutschen Zweistaatlichkeit zur Konzeption 'Deutschland, einig Vaterland' – Versuch einer linguistischen Beschreibung. In: Inszenierte Information. Politik und politische Kommunikation in den Medien. Hrsg. von Adi Grewenig. Opladen 1993, 56-73; hier: 56.

# Sprache und Politik im Wandel der Zeit

## Vorlesung im Wintersemester 2001/02

---

### **Der Ausdruck *Wiedervereinigung* und die Frage seiner Angemessenheit:**

„Freiheit war, ist und bleibt der Kern der deutschen Frage. Das heißt vor allem: Unsere Landsleute in der DDR müssen selbst entscheiden können, welchen Weg in die Zukunft sie gehen wollen. Sie haben dabei keinerlei Belehren – von welcher Seite auch immer – nötig. Sie wissen selbst am besten, was sie wollen. Das gilt auch für die Frage der deutschen Einheit, die Frage der Wiedervereinigung. Wer unsere Landsleute nicht bevormunden möchte, der sollte ihnen jetzt auch nicht einreden, das beste sei die staatliche Teilung unseren Vaterlandes.“

*Aus der Regierungserklärung Helmut Kohls vom 16. November 1989.*

„Ich habe ... seit vielen Jahren mein Problem mit dem ‘Wieder’ bei der Vereinigung, weil ich überzeugt war und bin: Dies suggeriert, als könnte etwas wieder so werden, wie es einmal war.“

*Willy Brandt im Tagesspiegel vom 17. November 1989.*

# Sprache und Politik im Wandel der Zeit

## Vorlesung im Wintersemester 2001/02

---

### ***Europa* im politischen Sprachgebrauch der Bundesrepublik:**

„Das Schlagwort *Europa* scheint zu jeder Gruppe von Begriffen, zu denen z.B. *Freiheit*, *Umweltschutz* usw. zu zählen sind, zu gehören, die sich durch das Fehlen eines expliziten Gegenschlagwortes auszeichnen. Zwar ist die Programmatik eines solchen Schlagwortes durchaus umkämpft – schließlich stellt die Umkämpftheit ein wesentliches Merkmal des Schlagwortgebrauchs dar –, die Wortform jedoch bleibt konkurrenzlos. Umkämpft ist damit besonders die Bedeutungshegemonie, also das Besetzen eines Schlagwortes, es ist kein Streit um alternative Programmatik mittels konkurrierender Begriffe.

‘Alle reden von Europa’, aber was ist dieses *Europa* und wo hört es auf, oder linguistisch formuliert, was ist eigentlich das Denotat dieses Schlagwortes? Ist dieses *Europa* identisch mit dem Kontinent Europa, oder meint es nicht vielmehr ein politisches Gebilde, das gleichfalls *Europa* heißt? [...]

Dementsprechend ausgeblendet [...] bleibt die damit verbundene Frage, wer oder was denn nicht mehr zu diesem politischen *Europa* zählt. Keine Partei legt sich explizit fest, welche politischen und semantischen Merkmale dieses *Europa* kennzeichnen. Wollte man nach den Stereotypen dieses *Europa* fragen, so tauchten dort neben dem geographischen Merkmal alle zentralen Schlagwörter der Europa-Programme auf: *Demokratie*, *Freiheit*, *Frieden*, *Menschenrechte*, *Sicherheit*, *Subsidiarität*, *Stabilität*, *Bürgernähe*, *soziale Marktwirtschaft*, *Binnenmarkt*, *europäische Zusammenarbeit*, *Wirtschafts- und Währungsunion* und je nach Parteistandpunkt abweichend von dem als Grundposition zu bezeichnenden Konzept der CDU einige weitere typische Merkmale wie *ökologischer Umbau*, *Recht auf Arbeit*, *soziale Gerechtigkeit* (SPD), *Multikulturalität*, *Dezentralismus*, *ökologische und soziale Umgestaltung* (Bündnis 90/Die Grünen), *Bayern*, *regionale Eigenständigkeit* (CSU), *Recht auf Arbeit*, *Abrüstung*, *Entmilitarisierung*, *ökologischer Umbau der Gesellschaft*, *neue Produktions- und Lebensweise* (PDS).“

*Zitiert aus:*

Hajo Diekmannshenke: *Alle reden von Europa*. Schlagwortgebrauch und argumentative Strategie im Europawahlkampf 1994. In: *Wörter in der Politik: Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation*. Hrsg. von Hajo Diekmannshenke und Josef Klein. Opladen 1996, 13-29; hier: 17 f.

# Sprache und Politik im Wandel der Zeit

## Vorlesung im Wintersemester 2001/02

---

### Parteislogans im Europawahlkampf 1994:

- Deutschland zuliebe, für ein starkes Deutschland in einem starken Europa (CDU).
- Gegen Krieg, Gewalt und Terror in Europa. Frieden für alle (CDU).
- Anwalt deutscher Interessen in Europa (SPD).
- Sicherheit statt Angst (SPD).
- Lieber weltoffen als national beschränkt (Bündnis 90/Die Grünen).
- Frieden, Freiheit, Sicherheit (F.D.P.)
- Im Namen der Freiheit. Wir brauchen Europa (F.D.P.).

### Deutsche Einheit und europäische Einigung:

„Die Modifikation des bisherigen *Europa*-Konzeptes vollzieht die CDU vor allem durch die Verbindung der *Europäischen Union* mit der deutschen *Vereinigung*: ‘Es zeigt sich also immer wieder, daß deutsche Einheit und europäische Einigung zwei Seiten derselben Medaille sind’, heißt es in der Einleitung zur Werbebroschüre *Das bringt uns die Europäische Union*. [...]

Die *deutsche Einheit* erfüllt damit argumentativ zwei Funktionen. Erstens dient sie als Vorbild für den Einigungsprozeß im europäischen Maßstab (dementsprechend dienen Varianten zu *Einheit* und *Einigung* als Leitvokabeln, die immer wieder genannt werden), andererseits soll sie eine positive Einstellung auch zur *europäischen Einigung* vermitteln.“

*Zitiert aus:*

Hajo Diekmannshenke: Alle reden von *Europa*. Schlagwortgebrauch und argumentative Strategie im Europawahlkampf 1994. In: Wörter in der Politik: Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation. Hrsg. von Hajo Diekmannshenke und Josef Klein. Opladen 1996, 13-29; hier 19.



# Sprache und Politik im Wandel der Zeit

## Vorlesung im Wintersemester 2001/02

---

### **Die Architekturmetapher im europäischen Einigungsprozeß:**

„Die künftige Architektur Deutschlands muß sich einfügen in die künftige Architektur Gesamteuropas. Das ‘Haus Deutschland’ muß unter einem europäischen Dach gebaut werden.“

*Aus einer Rede Helmut Kohls am 17.1.1990 in Paris.*

„Mit dem in Paris unterzeichneten ‘Vertrag über die Konventionellen Streitkräfte in Europa’ ist das Fundament einer neuen, ganz Europa umfassenden Sicherheitsarchitektur gelegt.“

*Aus der Regierungserklärung Helmut Kohls vom 30.1.1991.*

„Schon diesen Sommer, so die optimistische Vorgabe, sollte ein neuer Gipfel das künftige Defensivkonzept der Nato als ‘festes Fundament einer europäischen Sicherheitsarchitektur’ (Kohl) verabschieden.“

*Der Spiegel vom 27.5.1991.*

„Hier präsentiere sich eine neue NATO in einem neuen Europa mit einem Angebot für eine neue Architektur für das ganze Europa, sagte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Diese Architektur umfasse nicht nur die politischen und militärischen Strukturen, sondern auch wirtschaftliche, Umwelt- und andere Aspekte.“

*Leipziger Volkszeitung vom 8/9.6.1991.*

### **Literaturhinweis:**

Christina Schäffner: Die europäische Architektur – Metaphern der Einigung Europas in der deutschen, britischen und amerikanischen Presse. In: Inszenierte Information. Politik und politische Kommunikation in den Medien. Hrsg. von Adi Grewenig. Opladen 1993, 13-31.

# Sprache und Politik im Wandel der Zeit

## Vorlesung im Wintersemester 2001/02

---

### Der bundesdeutsche Einwanderungs- und Asyldiskurs:

„Die verdrängte Geschichte holt die westeuropäischen Staaten derzeit auf vielfältige Weise ein. Insbesondere die weltweiten Migrationsbewegungen als Folge kolonialistischer und imperialistischer Streifzüge in diesem und frühen Jahrhunderten, machen ‘dem Westen’ nun in Europa und in Nordamerika zu schaffen. Doch nicht Debatten über Ursachen und Folgen dieser Zerstörungen in Afrika, Asien und Südamerika bestimmen die öffentlichen Diskurse, sondern die Betroffenen werden statt dessen auch von Angehörigen der Machteliten in Politik und Medien als Sündenböcke phantasiert. [...] Für diese Formen der Ausgrenzung scheinen alle Gesellschaften anfällig zu sein, die in ihren Grundstrukturen so organisiert sind, daß sie immer wieder ungerechte Verhältnisse zwischen den Geschlechtern, den unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und kulturellen Gruppen hervorbringen. Damit wird zwangsläufig auch immer ein Deutungsreservoir rassistischer Vorstellungen [...] miterzeugt, die je nach Erfordernis von Angehörigen der Machteliten als Katalysator für andere politische Probleme forciert werden können. Dabei scheint folgende Faustregel zu gelten: Prosperiert die Wirtschaft bei guter Beschäftigungslage und liberalem Grundklima, dann beschränkt sich die Ausgrenzung (armer) ethnischer Minderheiten weitgehend auf die Diskriminierung ihrer ‘anderen’ kulturellen Verhaltensweisen und Traditionen. In Krisenzeiten, wenn es zum Verlust der Kontrolle in Verteilungskämpfen kommt, werden offene Formen der Aggression auf die Anderen, die ‘Fremden’ projiziert.

Die Mitschuld von Politik und Medien an rassistischen Pogromen läßt sich zwar nicht in Form von abbildtheoretisch konzipierten Wirkungsanalysen belegen. Möglich ist es aber, anhand von Diskursanalysen das Ausmaß der öffentlichen Akzeptanz diskriminierender Denkweisen und Handlungen zu erkunden.“

*Zitiert aus:*

Brigitta Huhnke: Sprachliche Realisierungen symbolischer Politik in Migrationsdiskursen. In: Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über ‘Ausländer’ in Medien, Politik und Alltag. Hrsg. von Matthias Jung, Martin Wengeler und Karin Böke. Opladen 1997, 89-105; hier: 89-91.

# Sprache und Politik im Wandel der Zeit

## Vorlesung im Wintersemester 2001/02

---

### **Die PDS über Rechtsextremismus, Einwanderung und Asyl:**

„Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz gegenüber anderen Lebensweisen, extremistischer, religiös verpackter Fundamentalismus na-gen am Fundament der Demokratie. Denn sie machen Geschlecht, Abstammung, Hautfarbe, Herkunft, Religion, Gesundheitszustand zu den entscheidenden Wesensmerkmalen und wenden sich gegen elementare Grundsätze des zivilen Zusammenlebens, gegen die Würde und das gleiche Recht eines jeden Menschen. [...]

Die Menschenwürde, die Menschenrechte sind nicht teilbar. Wir verteidigen das individuelle Grundrecht auf politisches Asyl und fordern offene Grenzen für Menschen in Not. Ein Staat, der Menschen in Not abweist, verletzt eine elementare humanitäre Pflicht. In Not sind Menschen, denen im Falle der Rückkehr in ihr Herkunftsland Gefahr für Leib und Leben droht. Die PDS setzt sich dafür ein, dass nicht nur staatliche, sondern auch nicht-staatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund anerkannt werden. [...]

Die PDS tritt für die Schaffung von klaren und nachvollziehbaren Regeln und Rechtsansprüchen auf Einwanderung ein. Zu uns kommen immer Menschen, nie nur ‘Arbeitskräfte’. Sie brauchen eine weitgehende rechtliche Gleichstellung im Rahmen eines demokratischen und durchschaubaren Einwanderungs- und Niederlassungsrechtes. Rechtliche Regelungen sollen auch verhindern, dass Migrantinnen und Migranten für Lohn- und Sozialdumping missbraucht werden. [...]

*Zitiert aus:*

Verlautbarung des Vizevorsitzenden der PDS-Bundestagsfraktion, Wolfgang Gehrcke, vom 25. Januar 2001 (Website der PDS-Bundestagsfraktion).

# Sprache und Politik im Wandel der Zeit

## Vorlesung im Wintersemester 2001/02

---

### **CDU und CSU über Einwanderung und Asyl:**

„Deutschland ist ein weltoffenes Land, das im Laufe seiner Geschichte – wie andere Staaten auch – immer Zuwanderer aufgenommen und integriert hat. Die Bundesrepublik Deutschland steht unter starkem Zuwanderungsdruck. Sie ist zu einem bevorzugten Ziel von Zuwanderern aus der ganzen Welt geworden. [...]

Auf europäischer Ebene muss alles getan werden, um den Zuwanderungsdruck aus den Staaten der Dritten Welt nach Europa zu reduzieren. [...]

Wer tatsächlich politisch verfolgt und schutzbedürftig ist, genießt Asylrecht. Faktisch wird das Asylrecht aber überwiegend missbräuchlich in Anspruch genommen. [...]

Zuwanderung und Integration gehören untrennbar zusammen. [...] Vor allem die Zuwanderer sind verpflichtet, sich aktiv um die Einordnung und Teilnahme am Zusammenleben in der Bundesrepublik Deutschland zu bemühen. Integration bedeutet deshalb mehr als die deutsche Sprache zu beherrschen und unsere Rechtsordnung anzuerkennen. Sie beinhaltet auch die Toleranz und die Rücksichtnahme auf die Normen und Gepflogenheiten, denen sich die einheimische Bevölkerung verpflichtet fühlt. Dies bedeutete, dass die Werteordnung unserer christlich-abendländischen Kultur, die vom Christentum, antiker Philosophie, Humanismus, römischen Recht und der Aufklärung geprägt wurde, akzeptiert wird. [...]“

*Zitiert aus:*

Gemeinsames Positionspapier von CDU und CSU zu Zuwanderung und Asyl (Website der CDU-Bundestagsfraktion)

# Sprache und Politik im Wandel der Zeit

## Vorlesung im Wintersemester 2001/02

---

### **Die CSU über Asyl und Multikulturalität:**

„Bayern war und bleibt ein weltoffenes Land. Viele tausend Ausländer haben in den letzten Jahrzehnten in Bayern eine neue Heimat gefunden. Ihnen allen galt und gilt in gleicher Weise der Schutz und die Vorsorge dieses Staates.

Christentum, Humanismus und Aufklärung gebieten Toleranz. Das wollen wir erhalten. Wertordnungen, die Toleranz nicht respektieren, schaffen Anlässe für tiefgreifende gesellschaftliche Konflikte. Daher lehnen wir die Selbstaufgabe in einer multikulturellen Gesellschaft ab.

Die CSU fordert eine gemeinsame europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik, die gesamteuropäischen Interessen dient. Sie lehnt eine unkontrollierte Zuwanderung in die dichtestbesiedelten Regionen Mitteleuropas aus sozialen und ökologischen Gründen ab.“

*Zitiert aus:*

Grundsatzprogramm der CSU, Ausländer- und Asylpolitik: ‘Bayern - weltoffen und ausländerfreundlich, aber nicht multikulturell – Gegen unkontrollierte Zuwanderung’ (Website der CSU).

### **Literaturhinweis zur Political Correctness-Debatte:**

Karsta Frank: Political Correctness: Ein Stigmawort. In: Wörter in der Politik: Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation. Hrsg. von Hajo Diekmannshenke und Josef Klein. Opladen 1996, 185-218.

# Sprache und Politik im Wandel der Zeit

## Vorlesung im Wintersemester 2001/02

---

### **Die Notwendigkeit des Dialogs in der Politik:**

“‘Durch Rede und Gegenrede Politik vernünftiger machen!’ Ist dies ein Satz für’s Poesiealbum der Demokratie. Ich meine, daß er als Orientierungssatz nach wie vor seine Bedeutung hat. Denn wenn es nicht schon gelingt, politische Autorität ohne Rest in rationale zu überführen, so könnte Rede und Gegenrede immerhin bewirken: daß Irrtümer und Täuschungen eingeschränkt, daß Interessenausgleich weniger gewaltsam hergestellt wird; daß Handlungen stärker wechselseitig und weniger zwanghaft aufeinander abgestimmt werden; daß gegenseitige Achtung wachsen kann.

Wer dies als einen Grundsatz politischer Kultur in einer Demokratie betrachtet, wird Gefahren nicht übersehen können, die einer solchen Kultur in der Bundesrepublik drohen. Rede und Gegenrede verlangen nämlich, damit sie diese Aufgabe erfüllen können, die Einhaltung von ungeschriebenen Spielregeln. Nicht daß diese Spielregeln immer wieder auch verletzt werden, macht die augenblickliche Gefährdung politischer Kultur in der Bundesrepublik aus, sondern daß es Anzeichen für eine systematisch betriebene Umdeutung dieser Regeln gibt, die einerseits ausschließlich an einer Steigerung der Suggestivwirkung politischer Sprache interessiert ist, zum anderen politische Denk- und Handlungsvoraussetzungen vor jeder Einrede in der politischen Kommunikation abschirmt und so diese Denk- und Handlungsvoraussetzungen in den Rang fragloser Gewißheiten erhebt, deren kritische Erörterung dann als Schändung erlebt wird und erlebt werden soll.”

*Zitiert aus:*

Hubert Ivo: Der verweigerte Dialog. Zur Verteidigung des Koperativs in der politischen Sprache. In: Worte machen keine Politik. Beiträge zu einem Kampf um politische Begriffe. Hrsg. von Irving Fetscher und Horst E. Richter, Reinbek bei Hamburg 1976, 20-38; hier: 20.

# Sprache und Politik im Wandel der Zeit

## Vorlesung im Wintersemester 2001/02

---

### Die Ausgangsbedingungen für politische Rhetorik nach dem Ende des Kommunismus:

„Sicher – nach den Revolutionen und Mittel- und Osteuropa, die fraglos weniger vom ‘Geist der Utopie’ [...] inspiriert waren als von der Rebellion gegen eine ihn gründlich diskreditierende Praxis, 1991 also stellt es – anders in den 60er Jahren – keine Provokation mehr dar, ‘das Ende des utopischen Zeitalters’ zu prognostizieren. Im Gegenteil! Dieser Abgesang auf den ‘zerstörten Traum’ trifft instinktsicher eine allgemeine Stimmungslage, in der fällige Ernüchterungen kaum noch wie die von Freud beschriebenen drei berühmten Desillusionierungen der Menschheit als ‘narzißtische Kränkungen’ erlitten werden [...] Wenn etwas in der ‘neuen Unübersichtlichkeit’ [...] dem irritierten Zeitgenossen noch die Chance sektoraler Übersichtlichkeit gönnt, dann dürfte es diese Bereitschaft zu einer Anspruchsaskese sein, die sich die klassische Utopie-Frage nach einem besseren Leben angesichts der Dringlichkeit der Frage nach den Chancen bloßen Überlebens nicht mehr zu stellen traut. [...] Mit der Dringlichkeit dieser neuen Frage wird auch die ‘traditionell vorrangige Frage nach dem besten Staat’ als politische Bedingung gelingenden Lebens zunehmend obsolet [...]. Die tendenzielle ‘Ökonomisierung’ und ‘Biologisierung’ der Politik [...] erleichtert zugleich, was W. Lепенies als ‘Heimkehr der Intellektuellen’ diagnostiziert [...]. Sie kehren freilich dorthin heim, wohin sie Platon partout nicht zurückkehren lassen wollte, obwohl er selbst ihnen das namengegebende Refugium geschaffen hat, eben die ‘Akademie’.“

*Zitiert aus:*

Josef Kopperschmidt: Rhetorik als Legitimationsstütze politischer Herrschaft: z.B. Platon. In: Politik und Rhetorik. Funktionsmodelle politischer Rede. Hrsg. von Josef Kopperschmidt. Opladen 1995, 46-74; hier: 46-47. **ZP✓**

# Sprache und Politik im Wandel der Zeit

## Vorlesung im Wintersemester 2001/02

---

### **Erst die Unfähigkeit zu wahrer Erkenntnis macht Rhetorik notwendig:**

„Rhetorik unter Bedingungen der Höhle – und das sind die Bedingungen ihrer Notwendigkeit überhaupt [...] – ist immer zugleich auch sophistische Rhetorik, die den Scheincharakter eines Lebens in der Höhle in dem Maße perenniert, als sie sich den Selbsterhaltungsinteressen der Höhlenbewohner andienen muß.“

### **Die Vernünftigkeit der Entscheidungsprozesse als einzige Legitimation politischer Entscheidungen:**

„So verlockend der Anspruch einer auf philosophischer oder sonstiger Wahrheitsevidenz gegründeten Herrschaft auch sein mag – die ‘Idee des Guten’ als normatives Muster eines gelingenden Lebens und einer ‘gerechten’ Gesellschaftsordnung [...] ist heute in jeder ihrer geschichtlich durchgespielten Varianten zu sehr diskreditiert, als daß ihre mögliche ‘Schau’ [...] von einem philosophisch noch so geschulten Blick ernsthaft beansprucht werden könnte. Dieser Anspruch käme gegen die Erfahrung einer irreversiblen ‘Erosion’ von gesellschaftlichen Wissensbeständen ‘hohen Kollektivitätsgrades’ ohnehin ebensowenig an [...] wie gegen den Destraktionserfolg aller Objektivitätsbehauptungen, die im ‘Schauen’ das schauende Subjekt unterschlagen [...]. und so realistisch auch Platons Einschätzung der Möglichkeit kollektiver Lernprozesse sein mag – sie kann das mühsame und riskante einer diskursiven Willensbildung nicht dementieren, deren ‘prozedurale’ Vernünftigkeit allein noch die Vernünftigkeit kollektiv bindender Entscheidungen politisch gewährleisten kann [...].“

*Beide Zitate aus:*

Josef Kopperschmidt: Rhetorik als Legitimationsstütze politischer Herrschaft: z.B. Platon. In: Politik und Rhetorik. Funktionsmodelle politischer Rede. Hrsg. von Josef Kopperschmidt. Opladen 1995, 46-74; hier: und 54 und 60 f. **ZP✓**